

## **Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands zu den Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen im Jahr 2009**

Aus der Verantwortung gegenüber den Interessen der Lohnabhängigen, der erwerbslosen Menschen, Frauen, der jungen und älteren Menschen, der Behinderten, also des werktätigen Volkes, hat die KPD in ihren Dokumenten die dringendsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen benannt, um die gegenwärtige Politik der Großen Koalition, die in die nationale Katastrophe und Verarmung immer breiterer Schichten der Bevölkerung führt, zu überwinden.

**Dazu ist eine parlamentarische und außerparlamentarische linke Opposition, eine breite antiimperialistische, antifaschistisch-demokratische Widerstandsfront unerlässlich und notwendiger denn je.**

Der auf Kriegseinsätze und Sozialabbau orientierten volksfeindlichen, menschenverachtenden Politik im Sinne des Kapitals, um immer mehr Profit anzuhäufen, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Auf den Wahlkampf bezogen, kann man es auch drastischer sagen, denn: **»Wer CDU/CSU, FDP, SPD oder gar NPD vertraut - dem hat man den Verstand geklaut.«**

Die gemeinsame Schlussfolgerung kann deshalb nur lauten: »So wie bisher kann es einfach nicht weitergehen.«

Deshalb erhebt die KPD u. a. folgende Forderungen:

- Austritt der BRD aus der NATO
- sofortige Beendigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und ihres Einsatzes im Innern; gegen die Militarisierung der Gesellschaft

- wirksame Maßnahmen im Kampf gegen neofaschistische und ausländerfeindliche Umtriebe sowie Verbot jeglicher faschistischer Organisationen
- Rücknahme der menschenunwürdigen Hartz-IV- Beschlüsse und der Agenda 2010
- Durchsetzung demokratischer Rechte auf allen Ebenen, einschließlich des Rechtes auf Arbeit, Generalstreik, Reduzierung des Quorums für Volksbegehren und Volksentscheide
- Durchsetzung des Gleichheitsgebotes vor dem Gesetz, auch für ehemalige DDR-Bürger
- Erhalt aller öffentlichen Einrichtungen sowie deren Ausbau, keine weitere Privatisierung öffentlicher/kommunaler Versorgungseinrichtungen und Rücknahme bisheriger Privatisierungen
- Sofortige Angleichung von Löhnen und Gehältern sowie Renten an das Westniveau, Beseitigung des Rentenstrafrechts, gleicher Lohn für Frauen und Männer, Zahlung der Rente wieder ab 65 Jahren
- Absicherung der Löhne und Gehälter durch eine gesetzliche Mindestgrenze von 1500 Euro, Brutto. Gleichzeitig sind die Einkommen der Manager auf höchstens das Zehnfache der unteren Löhne und Gehälter der Branche zu begrenzen
- Überführung der Konzerne, Großbanken und Versicherungen in gesellschaftliches Eigentum mit demokratischer Kontrolle durch die Werktätigen
- Einstellung der Verleumdung und Delegitimierung der DDR, der bisher größten Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung

- Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen im Bildungssystem, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit sowie Studiengebührenfreiheit
- Öffentliche Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen statt Schließungen
- Bereitstellung ausreichender Lehrstellen für Jugendliche
- Kostenlose Betreuung in Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorten
- Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin sowie von Praxisgebühren und Zuzahlungen

Wir rufen die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die Frauen und Mädchen, die Jugendlichen und Rentner, die werktätigen Bauern, Handwerker, Kleinunternehmer, die Lehrer und Erzieher, die auf dem Gebiet von Wissenschaft und Kultur Arbeitenden, die Ärzte und das medizinische Personal, die Angehörigen der Polizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr auf:  
**Zu allen Wahlen keine Stimme der CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und NPD!**

Die KPD konzentriert sich auf die Landtagswahl in Thüringen und nimmt an Kommunalwahlen teil.  
 Gebt den dort angetretenen Genossinnen und Genossen eure Stimmen.  
 Wo die KPD nicht antritt, gebt den Genossinnen und Genossen der DKP Eure Stimme.

Auf alle Fälle geht zur Wahl und nehmt Euer bürgerlich/demokratisches Grundrecht wahr.

Zentralkomitee der KPD